

Es informiert Sie	Sabine Schall
Telefon (0202)	563 - 2830
Fax (0202)	563 - 4321
E-Mail	sabine.schall@stadt.wuppertal.de
Datum	12.11.2010

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld-West (SI/0098/10) am 10.11.2010**

Anwesend sind:

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Ludger Kineke, Frau Christa Kühme, Herr Clemens Mindt, Frau Ingelore Ockel, Herr Friedhelm Heiner Schramm

#### **von der SPD-Fraktion**

Frau Doris Blume, Herr Walter Boese, Herr Dr. Bernd Udo Hindrichs, Frau Rosemarie Wicke

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Wilfried Franz Goeke-Hartbrich, Frau Petra Lückerath, Frau Kordula Pfaller

#### **von der FDP**

Herr Sebastian Helpenstein

#### **von DIE LINKE**

Herr Rainer Simon

#### **von der WfW**

Herr Heribert Stenzel

#### **berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW**

Herr Dirk Jaschinsky , Frau Ute Mindt , Herr Michael Schnorr

#### **als Vertreter/in des Oberbürgermeisters**

Herr Beigeordneter Harald Bayer

### **Gäste**

Anwohner der Lüntenbecker / Düsseldorfer Straße  
Herr Neudahm – Investor  
Herr Woodroffe – Wuppertaler Stadtwerke

### **Verwaltung**

Herr Walter – Ressort Bauen und Wohnen

### **Polizei**

Herr Klomfass

### **Presse**

Herr Goergens - WZ

Schritfführerin:

Sabine Schall

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

**Die Bezirksbürgermeisterin** teilt mit, dass unter dem Tagesordnungspunkt 3 zusätzlich der Antrag der CDU-Fraktion (Straßenbaustelle an Schwebebahnstütze 100 und Sperrung einseitig der Sonnborner Straße) mit behandelt werde.

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Bezirksjugendrat

**Die Bezirksbürgermeisterin** berichtet, dass der bisherige Bezirksjugendrat zwischenzeitlich aufgelöst und der neue noch nicht gewählt sei. Da sich zuwenig Kandidaten gemeldet hätten, sei beschlossen worden, nun 30 sogenannte Stadtjugendräte wählen zu lassen.

---

### 2 Recyclingunternehmen auf dem Kugelfischergelände

**Die Bezirksbürgermeisterin** berichtet, dass zwischenzeitlich zu dieser Thematik ein Bericht der Verwaltung sowie ein Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vorliege. Ein zur Sitzung eingeladenen Berichterstatter der Bezirksregierung habe schriftlich mitgeteilt, dass eine Teilnahme an der Sitzung grundsätzlich nicht erfolge.

Vertreter der Bezirksvertretung hätten sich die Situation bereits vor Ort angesehen und man könne nur bestätigen, dass es eine enorme Staub- und Geruchsbelästigung für die Anwohner darstelle.

Sie unterbricht die Sitzung, um zunächst den Anwohnern das Wort zu erteilen.

**Herr Richter – Anwohner** – spricht von einer enormen Staub- und teilweise auch Geruchsbelästigung, insbesondere, wenn man bedenke, dass es sich hier um eine Umweltzone handle. Es sei hinreichend bekannt, dass die Feinstaubbelastung die Sterblichkeitsrate erhöhe. Es erstaune, dass die Bezirksregierung dies einfach so akzeptiere. Der Staub schlage sich in den Wohnungen nieder, man wisse nicht, was darin enthalten sei, es werde den Anwohnern ja nicht gesagt, was genau dort zertrümmert werde. Die Balkone seien ständig mit einer Staubschicht bedeckt, in den Wohnungen könne man ebenfalls täglich Staub wischen.

Ferner habe die Firma die Auflage, den Lüntenbecker Weg sauber zu halten. Derzeit werde täglich aber nur einmal eine Reinigung durchgeführt. Die Autos würden eingenebelt, wenn sie dort her fahren. Ferner seien laut Bescheid dort täglich 171 LKW's zur Durchfahrt zugelassen. Er wolle daran erinnern, dass viele Kinder diesen Weg nutzen würden. Der Bürgersteig sei sehr schmal, das bürge ein hohes Gefährdungspotential. Es komme immer wieder vor, dass hier LKW's mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 40 t her fahren würden, obwohl die Straße nur für 2,5 t zugelassen sei, und dies laut Genehmigung von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr. Es stehe zu befürchten, dass die Straße spätestens im Winter Schaden nehme.

Die Zertrümmerungsanlage müsste eigentlich mit Wasser benetzt werden, es sei aber erst jetzt angefangen worden, hieran etwas zu ändern.

Des Weiteren sei die Geräuschkulisse enorm, wenn die Zertrümmerungsanlage laufe.

Außerdem würden in den angrenzenden Häusern viele ältere Leute wohnen, deren Eigentum nun erheblich im Wert gemindert sei. Es stelle sich die Frage, wer diese Leute entschädigen würde ?!

**Die Bezirksbürgermeisterin** teilt mit, dass sie ein langes Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Stadtverwaltung – Umweltamt – geführt habe. Dort habe man ihr erklärt, dass das Verfahren in der Hand der Bezirksregierung liege. Der Verwaltung seien hier die Hände gebunden.

**Herr Mindt** gibt zur Kenntnis, dass ihm der Genehmigungsbescheid vorliege. Er zitiert aus ihm den Absatz, in dem vermerkt ist, dass u.a. sichtbare Staubemissionen vermieden werden müssen. Hiervon könne keinesfalls die Rede

sein.

**Herr Bayer** verweist auf ein Gespräch mit dem Leiter des Umweltamtes. Diese seien tatsächlich nicht zuständig, hätten aber leider auch keine näheren Informationen. Sie seien dennoch bereit, Fragen zu beantworten. Die Bezirksregierung sei gehalten, die Firma hinsichtlich der Einhaltung der Auflagen zu überwachen. Es sei auch ein Gespräch mit der Firma geplant. Die Genehmigung habe im vereinfachten Verfahren erfolgen können, daher sei vorab auch keine Anhörung der Bürger erfolgt. Eine Lärmmessung werde durchgeführt, das Ergebnis liege bald vor. Auch sei die Firma aufgefordert worden, den Kehrmaschineneinsatz zu dokumentieren. Der Weg sei gut, die Bezirksregierung müsse sich nun intensiver kümmern.

**Herr Mindt** weist darauf hin, dass auch die Verwaltung die Straße reinigen müsse, weil es sich um eine öffentliche Straße handele.

**Herr Richter** verweist darauf, dass diesbezüglich zwischenzeitlich ausreichend Beschwerden von Anwohnern vorliegen würden.

**Herr Stenzel** stellt die Frage, ob hier überhaupt eine Genehmigung hätte ausgesprochen werden dürfe, wenn die Straße nur für 2,5 t zugelassen sei ?!

**Herr Boese** macht deutlich, dass die Bezirksvertretung bereits im April 2010 die Verwaltung um eine Information gebeten habe. Er habe alles selbst mitbekommen, weil er ebenfalls Anwohner sei. Es sei in der Tat zwischenzeitlich alles sehr schmutzig.

**Frau Lückcrath** verweist auf das Schreiben der Bezirksregierung, in dem betont wird, dass in Kürze das Ergebnis der Lärmmessung sowie der Nachweis des regelmäßigen Kehrmaschineneinsatzes erwartet würden. Da das Schreiben bereits vom 13.10.2010 sei, vermisse man eine Information über die Ergebnisse.

**Die Bezirksbürgermeisterin** weist darauf hin, dass es diesbezüglich verschiedene Aussagen gebe, einer berichte, die Messung sei durchgeführt, der andere, sie würde in Kürze erfolgen. Sie erwarte in absehbarer Zeit einen Bericht hierüber. Ferner möchte sie wissen, ob die vorhandene Berieselungsanlage tatsächlich für das gesamte Gelände ausreiche. Als sie selbst vor Ort gewesen sei, hätte 3 Bagger gearbeitet, eine Berieselung habe aber nicht stattgefunden.

**Herr Gante – Anwohner – Sprecher der Eigentümergemeinschaft der Häuser 89 –111a** – verweist ebenfalls auf die enorme und unzumutbare Staubschicht auf den Balkonen der Wohnungen. Ferner möchte er wissen, inwiefern denn die Verwaltung hier zuständig gewesen sei.

**Herr Stenzel** berichtet, dass die Verwaltung nur insoweit beteiligt gewesen sei, dass sie die Planungshoheit habe und daher die Aussage habe treffen können, dass es sich hier um ein Gewerbegebiet handele. Damit sei ihre Zuständigkeit aber auch erfüllt gewesen.

**Frau Pfaller** möchte wissen, wann die Bezirksregierung denn nun als Überwachungsorgan tätig werde.

**Herr Mindt** verweist darauf, dass es nun schon 6 Monate seien, in denen sich die Beschwerden immer mehr häufen würden. Er sei der Ansicht, dass man der Firma zwischenzeitlich auch androhen könne, die Anlage stillzulegen.

**Herr Sonnenschein – Anwohner** – verweist darauf, dass teilweise auch Mauerschäden durch die starken Erschütterungen zu befürchten seien.

**Herr Mindt** teilt hierzu mit, dass die Anwohner diesbezüglich privatrechtlich gegen die Firma vorgehen müssten.

**Eine weitere Anwohnerin** berichtet, dass sie teilweise nachts „aufrecht im Bett sitzen würde“, weil der Krach so enorm sei.

**Herr Kineke** bittet die Verwaltung hier zumindest unterstützend tätig zu werden.

**Die Bezirksbürgermeisterin** teilt hierzu mit, dass ihr dies schon zugesagt worden sei.

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West erwartet auf Grundlage der Beschwerden der Anwohner und der durch die Bezirksvertretung angesprochenen Punkte eine grundlegende Überprüfung sowie eine detaillierte Stellungnahme von der Bezirksregierung. Diesbezüglich werde durch die Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben an die Regierungspräsidentin verfasst.**

---

3

### **Lärmschutzwand Sonnborner Kreuz / Industriestraße**

**Die Schriftführerin** teilt mit, dass Herr Gottlob von den Wuppertaler Stadtwerken telefonisch mitgeteilt habe, dass es diesbezüglich einen Ortstermin gegeben habe. Hierbei sei festgestellt worden, dass eine Aufstellung von Kübeln unzweckmäßig sei, da hier Leitungen liegen würden, die regelmäßig geprüft werden müssten.

Einzig ein ca. 15 cm breiter Kiesstreifen sei zur Minimal-Bepflanzung mit Efeu geeignet. Dieser liege jedoch in der Verantwortung von „Straßen NRW“.

**Herr Woodroffe – WSW** – berichtet, dass die Bauarbeiten an der Baustelle Sonnborner Straße weit fortgeschritten waren und längst beendet sein sollten. Die ausführende Firma habe aber erst die Genehmigung der Stadt und der Polizei einholen wollen. Dabei sei entschieden worden, dass zunächst ein Ortstermin erforderlich sei. Dieser sei aber leider nicht mehr rechtzeitig zustande gekommen, so dass nun geplant sei, die Einbahnstraßenregelung endgültig in der Nacht vom 13.11.2010 auf den 14.11.2010 aufzuheben. Es habe zunächst der Weg für die Fußgänger komplett fertig gestellt sein müssen. Grundsätzlich hätten die Bauarbeiten deshalb so lange gedauert, weil 3 verschiedene Leitungen hätten verlegt werden müssen, dies habe zunächst untereinander koordiniert werden müssen.

**Herr Mindt** verweist darauf, dass die Verzögerung enorme Verluste für die dort ansässigen Einzelhändler bedeutet habe. Der Umsatz sei zurück gegangen, weil sich viele Kunden umorientiert hätten. Er möchte weiterhin wissen, wann mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen sei.

**Herr Woodroffe** teilt mit, dass die Baustelle bis Mitte Dezember 2010 beendet sei.

**Herr Dr. Hindrichs** teilt mit, dass man bei einer solchen Baustelle eine netzplanartige Vorbereitung hätte erwarten können.

**Herr Boese** erinnert in diesem Zusammenhang erneut an den Wunsch der Bezirksvertretung, im Anfangsbereich Sonnborn eine große Tafel (mit dem Hinweis „Ende Flussstrecke / Anfang Landstrecke“) anzubringen. Es wäre schön, wenn die WSW sich hiermit beschäftigen würden.

---

**4      Bebauungsplan Nr. 1135 - Am Schaffstal -  
- 1. Verlängerung einer Veränderungssperre -  
Vorlage: VO/0773/10**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.11.2010:

**Beschlussvorschlag**

Die Satzung über eine Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1135 – Am Schaffstal - in Wuppertal-Elberfeld wird gemäß Anlage 01 beschlossen.

*Die Bezirksvertretung Elberfeld West empfiehlt, dem v.g. Beschlussvorschlag zuzustimmen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Enthaltung: 2 (WfW und Die Linke)

---

**5      Bebauungsplan Nr. 1144 - Friedrich-Ebert-Str. / Multiservicecenter -  
- Satzungsbeschluss -  
Vorlage: VO/0771/10**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.11.2010:

**Beschlussvorschlag**

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1144 – Friedrich-Ebert-Straße / Multiservicecenter – liegt südlich der Friedrich-Ebert-Straße und nördlich der Wupper. Im Osten wird der Bereich begrenzt durch eine Linie entlang der Grundstücksgrenze zu Hausnummer Friedrich-Ebert-Straße 121 und im Westen durch eine Linie entlang der Grundstücksgrenze zu Hausnummer Friedrich-Ebert-Straße 139 ohne die Flurstücke der Hausnummern 133-137 (s. Anlage 04).
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange insgesamt zum dem Planverfahren Nr. 1144 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 01 dargelegt sind, behandelt.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
4. Die vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 1144 wird beschlossen.
5. Der Bebauungsplan Nr. 1144 – Friedrich-Ebert-Str. / Multiservicecenter – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Anlage 02 beigefügt.

*Die Bezirksvertretung Elberfeld West empfiehlt, dem v.g. Beschlussvorschlag*

*zuzustimmen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**6 Fällung von Einzelbäumen - Auslichtung von Grünanlagen - Holzeinschläge  
in den Forsten - 2010/2011  
Vorlage: VO/0786/10**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 10.11.2010:

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West nimmt die Informationen über die Fällung der in den Listen aufgeführten Einzelbäume und die Durchforstungen ohne Beschluss entgegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**7 Berichte und Mitteilungen**

7.1

Schreiben eines Bürgers zur Kenntnis

7.2

Einladung

7.3

Veranstaltungskalender

7.4

Sitzungstermine 2010

7.5

Beantwortung der Anfrage des Herrn Goeke-Hartbrich aus der Sitzung vom 08.09.2010 – Roonstraße

7.6

Beantwortung der Anfrage von Frau Wicke aus der Sitzung vom 29.09.2010 – Parksituation Döringstraße / Ecke Talstraße

7.7

Beantwortung der Anfrage von Frau Wicke aus der Sitzung vom 08.09.2010 – Varresbecker Straße / Ausfahrt Mercedes Benz Niederlassung

7.8

Veranstaltungskalender

---

**8 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

1.

**Die CDU-Fraktion** bittet um Beantwortung einiger Fragen zum Gebetsraum Schababannur – Die Anfrage ist der Niederschrift beigefügt.

2.

**Die CDU-Fraktion** bittet das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr um eine Stellungnahme zur Hinweisbeschilderung ZOO auf den Autobahnhinweisschildern – die Anfrage ist der Niederschrift beigefügt

3.

**Herr Stenzel** bittet darum, an der Schwebbahnstation Zoo wieder ein Hinweisschild „Zoo“ anzubringen. Dieser sei ab dort leider nicht ausgeschildert.

4.

**Herr Stenzel** bittet darum, auf der Sambatrasse im Bereich des Zoos mehr Abfallbehälter aufzustellen.

**Kühme**  
**Bezirksbürgermeisterin**

**Schall**  
**Schriftführerin**